



Dringlicher
Antrag

der Fraktion der Freien Demokraten

Der Öffentliche Gesundheitsdienst hat eine zentrale Bedeutung in der Corona-Krise

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- eine kurzfristige personelle Verstärkung der hessischen Gesundheitsämter sicherzustellen.
- weitere Ressourcen des Landes für die Entlastung von Gesundheitsämtern zentral bereitzustellen.
- den Einsatz sinnvoller digitaler Anwendungen (Apps) zu fördern.
- die Erkenntnisse der Gesundheitsämter über das Infektionsgeschehen mit der Bevölkerung zu teilen.
- die Gesundheitsämter darin zu unterstützen, reguläre Angebote wie Sprechstunden wieder verstärkt aufzunehmen.
- in Zusammenarbeit mit Kommunen und Universitäten eine Image- und Informationskampagne mit dem Ziel aufzusetzen, mehr Studenten über die Arbeit des ÖGD zu informieren und auch zu gewinnen.
- einen Runden Tisch „Stärkung ÖGD“ einzurichten.
 - Dabei sind weitere Kooperationen mit dem ambulanten und privaten Gesundheitsbereich zu prüfen.
 - Ziele des Runden Tisches „Stärkung ÖGD“ sind die Ermittlung des Personalbedarfs, weitere Optimierung und Digitalisierung der Prozesse, Reserveressourcen für Krisen sowie eine Imagekampagne.

Begründung

Dem öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) komme in Krisensituationen eine besondere Rolle zu, so schrieb der Minister im Oktober vergangenen Jahres als Antwort auf die kleine Anfrage unserer Fraktion (Drucks. 20/944). In einer solchen Krisensituation befinden wir uns nun ein knappes halbes Jahr später. Der Gesundheitsdienst wurde seit Jahren vernachlässigt. Die Folgen sind ein enormer Personalmangel sowie die Unterfinanzierung der dritten Säule des Gesundheitswesens. Die meisten hessischen Gesundheitsämter haben im Zuge der Covid-19-Pandemie ihre Sprechstunden ausgesetzt und sind für den Publikumsverkehr geschlossen. Knapp 20 Prozent der Stellen in den hessischen Gesundheitsämtern sind nicht besetzt – Tendenz steigend. Gleichzeitig nehmen die gesetzlichen Aufgaben des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) zu. In den Aufgabenkanon der Gesundheitsämter fällt unter anderem die Betreuung von in Quarantäne befindlichen Patienten sowie die zeit- und arbeitsintensive Nachverfolgung von Infektionsketten. Diese Nachverfolgung kann ganz wesentlich dazu beitragen, das Virus weiter einzudämmen und gleichzeitig die das öffentliche Leben einschränkenden Maßnahmen auf betroffene Orte zu begrenzen.

Die Eindämmung durch ein funktionierendes Gesundheitsamt vor Ort ist essentiell. Leider sind die versprochenen Verstärkungen vor Ort aber durch das Bundesministerium für Gesundheit und das Hessische Ministerium für Soziales und Integration noch kaum erfolgt. So fühlen sich viele Landkreise und kreisfreien Städte im Stich gelassen. Der Odenwaldkreis ist dabei einer der am stärksten vom Corona-Virus betroffenen Landkreise in Deutschland.

Das Ziel ist es, dass die Gesundheitsämter alle auftretenden Neuinfektionen nachverfolgen und unterbrechen können. Eine weitere exponentielle Steigerung der Fallzahlen muss verhindert werden.

Die Lockdown-Maßnahmen waren geeignete Mittel zur Eindämmung des Virus, schränken jedoch die Grundrechte der Bevölkerung massiv ein und können daher nur ultima ratio sein. Diese Grundrechtseinschränkungen nimmt die Bevölkerung seit dem 13. März zum Schutz des Gesundheitswesens und damit der Gesundheit in Kauf. Eine angemessene Ausstattung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) kann jedoch – wenn Infektionsketten immer nachvollzogen werden könnten – die Grundrechte zielgerichtet dort, und nur dort, einschränken, so dies auch zweckmäßig ist. Flächendeckende Maßnahmen würden so obsolet. Das lückenlose „contact tracing“ ist nur möglich, wenn das erforderliche Personal eingesetzt wird, um diese zeit- und arbeitsintensive Aufgabe zu erfüllen. Dabei können digitale Apps die Arbeit des ÖGD ergänzen und unterstützen.

Wiesbaden, 5. Mai 2020

Der Fraktionsvorsitzende



René Rock